

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land

Verlags-Gesellschaft „Libertas“ m. b. H.,
Lodz, Betrikauer Str. 86. Geldsendungen
und Zuschriften sind an den Verlag zu
richten. Unerl. Manusk. werden nicht
zurückgeschickt. Nachdruck nur mit Quellen-
angabe gestattet.

Verantw. Schriftleiter: Mag. Vint.
Hauptgeschäftsführer: Senator H. Ulla.
Verantw. f. d. Verlag: G. Bergmann.

Bezugspreis mit Postzustellung: Inland
75 Gr. monatl., Ausland 31. 1,50 monatl.
Anzeigenpreis: für die viergesp. Zeile
monatlich 10 Groschen, für die zweigesp.
Zeile 8 Groschen. Für das Ausland
60 Prozent Zuschlag.

Nr. 10

Lodz, Sonntag, den 11. März 1934

16. Jahrgang

Die Notlage unserer Schulen vor dem Senat

Rede des Senators Ulla im Senat

vom 1. März 1934

Hohes Haus!

Bei der Besprechung des vorliegenden Haushaltsplans und der Beurteilung der Tätigkeit der Regierung bzw. der einzelnen Ministerien, lassen wir uns, als Vertreter des Deutschen Parlamentarischen Klubs, wie das schon von Herrn Senator Dr. Pant in der Generaldebatte betont wurde, nicht von dem Bestreben leiten, alle Fehler zu rechtfertigen und nur die guten Seiten zu unterstreichen, wie das gewöhnlich die Vertreter der Regierungsparteien tun, wir wollen aber auch nicht alles, was die Regierung und der sie unterstützende Block tut, rücksichtslos kritisieren und ablehnen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß uns die deutsche Bevölkerung nicht dazu hierher gesandt hat, um alles, was im Lande geschieht, nur in rosigem oder nur in schwarzen Farben zu schildern, sondern so, wie es wirklich ist, um auf diese Weise an der Beseitigung der Fehler, an der Bekämpfung der Mißbräuche und an der Wahl neuer Wege, die zur weiteren Entwicklung unseres Staates und einer besseren Zukunft führen könnten, mitzuhelfen und mitzuwirken. Die Zukunft unseres Staates wird aber in hohem Maße davon abhängen, wie wir unsere Jugend erziehen, wie wir unser Schulwesen ausbauen. Es ist anzuerkennen, daß auf diesem Gebiet die Regierung in letzter Zeit eine ganze Reihe entscheidender und kühner Schritte getan und endlich die Grundlagen zum Aufbau des Schulwesens in Polen gelegt hat. Die Durchführung des Gesetzes über das staatliche Schulwesen vollzieht sich allmählich, ohne jede schädliche Hast und die bisher in dieser Angelegenheit erlassenen Ausführungsbestimmungen geben zu keinen ernstern Bedenken Anlaß. Besonders anzuerkennen ist das Bestreben der Regierung, die Zahl der allgemeinbildenden Mittelschulen zu beschränken und dafür den Ausbau des Berufsschulwesens zu fördern. Wir sind uns darüber im Bilde, daß der Ausbau des Berufsschulwesens, der große Geldmittel erfordert, unter den augenblicklichen Wirtschaftsverhältnissen nicht leicht ist, aber von dem Ausbau dieses Schulwesens wird in Zukunft die wirtschaftliche Lage im Staat und seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt abhängig sein, und daher muß der Staat dieser Frage viel mehr Aufmerksamkeit zuwenden, als das bisher der Fall war. Nicht minder wichtig ist die Frage der Unterbringung aller Kinder im schulpflichtigen Alter in den Schulen. Leider gehen wir in dieser Beziehung immer weiter zurück. Wir müssen hier mit Bedauern feststellen, daß das Ministerium in diesem Schuljahr die ihm bewilligten Kredite für 500 neue Lehr-

Kindern über 190 000, dagegen sind für die Anstellung neuer Lehrkräfte keinerlei Kredite vorgesehen. Obwohl eine so große Zahl von Kindern ohne jeden Schulunterricht bleibt, sind die Klassenzimmer überfüllt, die Lehrer sind mit Arbeit überlastet, das Niveau der Schulen sinkt immer mehr und die allgemeine Schulpflicht wird bald nur noch auf dem Papier stehen. Das ist eine äußerst gefährliche Erscheinung und das Ministerium müßte mit allen Kräften gegen dieses Uebel ankämpfen. Da es aber hierzu keine Mittel besitzt, so müßte es zum mindesten jede private Initiative willig und gern unterstützen. Es ist nicht meine Aufgabe, mich mit der Einstellung der Schulbehörden zu den polnischen Privatschulen zu befassen, was jedoch diese Einstellung zu den deutschen Privatschulen anbetrifft, so ist sie leider höchst unfreundlich, man könnte sogar sagen, feindselig.

In Wolhynien z. B., wo besonders viel Kinder ohne Schulunterricht bleiben müssen, wurde mit einem Schlag 80 Lehrern der sogen. Kantoratschulen die Unterrichts-erlaubnis entzogen. Bei der Anstellung neuer, qualifizierter Lehrer werden große Schwierigkeiten bereitet. Wir sind Fälle bekannt, daß in Wolhynien und Klempolen, in den Dörfern, wo es deutsche Privatschulen gab, für einige oder einige zehn Kinder polnische Staatschulen eröffnet wurden, um dadurch die bestehende deutsche Privatschule zu vernichten.

Einen besonders schweren Leidensweg müssen die deutschen Privatschulen in den Westgebieten gehen. Nach Punkt 2, Art. 2 des Gesetzes über die Privatschulen hat der Besitzer der Schule die Pflicht, einen Nachweis über die Eignung des Schullokals zu erbringen. Die Schulkuratoren verlangen, daß solche Bescheinigungen von den Verwaltungsbehörden (der Verwaltung der Wojewodschaft) beizubringen sind. Eine Wojewodschaft steht auf dem Standpunkt, daß alle Schullokale den Anforderungen entsprechen müssen, die in der Verordnung des Kultusministeriums vom 28. Februar 1925 für neu zu errichtende Gebäude für öffentliche Volksschulen vorgeschrieben sind. Diese Verordnung sieht geradezu ideale Räume vor, von denen wir heute, in der Zeit der wirtschaftlichen Misere, nur träumen können und die nur für neuerrichtende Schulgebäude als Richtschnur dienen können. Da bisher die Schulgebäude nicht nach diesen, sondern nach den f. Zt. geltenden Vorschriften gebaut wurden, so können sie natürlich den neuen Anforderungen nicht genügen, die jetzt an neue Schulbauten gestellt werden. Das Wojewodschaftsamt lehnt jedoch sämtliche bereits bestehenden Schulgebäude als ungenügend ab und verweigert die Feststellung der Bescheinigungen über ihre Eignung für Schulzwecke.

Unsere Privatschulen sind unter sehr schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen entstanden und müssen, ebenso

fast eine halbe Million schulpflichtiger Kinder aus Mangel an Lehrern in die Schule nicht aufgenommen werden konnten.

Im laufenden Jahr beträgt der Zuwachs an schulpflichtigen

wie die meisten staatlichen Schulen, in den Gebäuden untergebracht werden, die ihnen zur Verfügung gestanden haben. Wo es notwendig war, wurden entsprechende Umbauten und Verbesserungen vorgenommen. Wir haben nichts dagegen, daß die Schulbehörden bestrebt sind, in den Privatschulen bessere gesundheitliche Zustände einzuführen, aber dazu muß uns doch mindestens 4—5 Jahre Zeit gelassen werden. Das Gesetz über die Privatschulen ist im März 1932 erschienen, wenn man aber private Volksschulen mit dem 1. Juli 1934 schließen will, weil sie keine neuen Gebäude erbaut haben, so ist das nichts anderes, als nur eine böswillige Rücksichtslosigkeit.

Die deutsche Bevölkerung trägt im gleichen Maße wie die polnische alle Steuerlasten, hat sich bei der Zeichnung der Nationalanleihe rege mitbeteiligt und bestreitet außerdem noch die Unterhaltungskosten für die Privatschulen. Sie empfindet es deshalb als großes Unrecht, wenn von ihr in dieser schweren Zeit die Errichtung neuzeitlicher Schulgebäude verlangt wird, während die staatlichen Schulen in viel schlechteren Lokalen untergebracht sind und niemand daran denkt, diese Lokale zu beanstanden. Das Gefühl des Unrechts ist um so stärker, wenn das Schulgebäude sich für Schulzwecke sehr wohl eignet und allen Anforderungen der Hygiene genügt und die Verwaltungsbehörden die Ausfolgung einer entsprechenden Bescheinigung dennoch verweigern.

In den westlichen Wojewodschaften stehen Schulgebäude, die vor dem Krieg erbaut worden sind. Obgleich sie den allernuesten Anforderungen nicht ganz genügen, werden sie von staatlichen Schulen dennoch benutzt und gelten sogar als bessere Schulgebäude. Wird aber ein solches Gebäude für eine deutsche Privatschule gemietet, so wird es sofort als ungeeignet bezeichnet, während doch gerade die Privatschulen gewisse Nachsicht und Erleichterungen erwarten sollten.

Zur Illustration will ich hier nachstehenden Fall anführen: In einem Ort der Wojewodschaft Posen wurde durch Gerichtsurteil die eine Hälfte eines Schulgebäudes der politischen Gemeinde zugesprochen, die andere der evangelischen Gemeinde. Die eine Hälfte wird von der öffentlichen Schule benutzt; in dem Gebäude wohnt auch der Lehrer. In der leeren Klasse wollte die evangelische Kirchengemeinde eine private Schule mit deutscher Unterrichtssprache einrichten. Die Wojewodschaft wird um die Bescheinigung über die Eignung des Lokals gebeten; sie stellt fest, daß das Gebäude ungeeignet sei, als Schule zu dienen. Sie bescheinigt, es sei unstatthaft, daß der Lehrer mit im Hause wohne, unstatthaft sei auch die Abortanlage. Und so darf die Privatschule in dem Hause ihr Unterkommen nicht finden. Was für eine polnische staatliche Schule vollkommen genügt, genügt nach Ansicht der Wojewodschaft bei weitem nicht für eine deutsche Privatschule.

Das Wojewodschaftsamt in Posen ging sogar so weit, daß es das im Jahre 1911 erbaute Below-Knothische Gymnasium, ein modernes Schulgebäude, einen Schmutz der Stadt, dessen große Klassen, schöne und bequeme Korridore und überhaupt die ganze Einrichtung und die hygienischen Verhältnisse wiederholt von den Schulinspektoren in ihren Berichten anerkannt wurden, als ungeeignet bezeichnet hat, weil die Ausmaße der Klassenräume und der Abstand zwischen den Fenstern um einige Zentimeter von den Vorschriften für neue Schulbauten abweichen. Dieser rücksichtslose Bürokratismus, der weder die Schwierigkeiten der heutigen Zeit noch die wirtschaftlichen Verhältnisse und die allgemeine Lage überhaupt in Betracht ziehen will, wirkt geradezu lächerlich und kompromittiert das Ansehen der Behörden. Wir erwarten, daß das Ministerium in dieser Angelegenheit entsprechende Anordnungen erlassen wird, um diesen Schikanen, die jeden Versuch, eine private Schule zu gründen, zunichte machen, ein Ziel zu setzen. Die Verfassung garantiert uns das Recht, private Schulen zu gründen und auf dieses Recht können wir unter keinen Umständen verzichten.

Eine zweite nicht minder schmerzliche Frage ist die Nichtbestätigung bezw.

Entfernung deutscher Lehrer aus den Privatschulen, und zwar ohne jeden triftigen Grund, ohne nähere Bezeichnung ihres Vergehens. Dies geschieht oft auf Grund persönlicher Intrigen, böswilliger Notizen in den Zeitungen oder sogar durch einen Irrtum. Menschen, die viel

Mühe und Mittel angewandt haben, um die Lehrbefähigung zu erlangen, oft nach vielen Jahren treuer und nützlicher Arbeit in der Schule, trifft plötzlich wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Entfernung aus der liebgewordenen Arbeitsstätte, aus dem Kreis der geliebten Jugend. Ohne Untersuchung, ohne Gericht und ohne eine Möglichkeit, sich zu rechtfertigen, werden sie ihrer Ehre und ihrer Existenz beraubt. Unsere Jugend und die ganze deutsche Elternschaft werden diese furchtbaren unverdienten Schläge niemals verschmerzen und werden nicht aufhören, Aufklärung und Wiedergutmachung dieses großen Unrechtes zu verlangen. Wenn einer von den Lehrern tatsächlich ein unverzeihliches Vergehen begangen hat, so werden wir uns für ihn nicht einlegen, aber man muß doch klar und deutlich sagen, wessen man ihn beschuldigt und weshalb eine so schwere Strafe über ihn verhängt wurde.

Indem ich nochmals zu dem staatlichen Schulwesen mit deutscher Unterrichtssprache zurückkehre, will ich mich auf die Feststellung beschränken, daß sich auch hier die Verhältnisse keinesfalls gebessert haben und daß auch hier ein großes Chaos herrscht. Dies bestätigt auch das amtliche Verzeichnis der Schulen in der Republik Polen für das Jahr 1930/31. In der Einleitung zu diesem umfangreichen Werk lesen wir, daß die Unterrichtssprache in den Schulen von den Schulleitern und lokalen Schulbehörden so verschiedentlich bezeichnet wurde, daß diese Bezeichnungen unter keinen Umständen zu einer Grundlage der Einteilung der Schulen nach der Unterrichtssprache verwendet werden konnten. In vollständig gleichen Verhältnissen wurde die Unterrichtssprache verschiedentlich bezeichnet, so daß jede genauere Klassifikation unmöglich gemacht wurde. Zum Schluß bemerkte der Verfasser, daß die Frage der Feststellung der Unterrichtssprache sehr aktuell sei. Wir stimmen dem voll und ganz zu. So darf es nicht weiter bleiben. Mit diesem Chaos läßt sich auch erklären, daß die Zahlen der deutschen Schulen in Polen, die ich von dieser Tribüne genannt habe, von den durch die Vertreter des Regierungsblochs angegebenen so weit abweichen. Ich habe behauptet und behaupte es heute wieder, daß

auf dem Territorium des früheren russischen Teilgebiets es keine Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, wie sie das Gesetz vom 3. März 1919 vorsieht, mehr gibt.

Das amtliche Verzeichnis gibt mir aber voll und ganz recht. In diesem Verzeichnis finden wir in der Rubrik „Unterrichtssprache“ nur die Bezeichnungen: „deutsch-polnisch“ oder „polnisch-deutsch“. Das bedeutet, daß in diesen Schulen nur einige Gegenstände, meistens nur Religion und Deutsch als Lehrfach, in zwei bis vier Stunden in der Woche in deutscher Sprache unterrichtet werden, während das Gesetz vom 3. März 1919, das doch bis heute immer noch verpflichtet, im Art. 27. vorsieht, daß in den deutschen Schulen alle Lehrfächer in deutscher Sprache zu unterrichten sind. Der Unterricht der polnischen Sprache ist nur als Lehrfach vom 2. Schuljahr ab obligatorisch. In diesen Tagen habe ich ganz zufällig ein Dokument erhalten, das als Beweis dafür dienen kann, daß sogar die Schulkuratoren sich nicht die Mühe geben, das Gesetz über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache bis zu Ende zu lesen. Das Warschauer Schulkuratorium hat in einem Rundschreiben vom 9. Februar 1934 Nr. 801/34 in Angelegenheit der Unterrichtssprache in den Schulen, die von deutschen Kindern besucht werden, angeordnet,

1. daß der Geschichts- und Geographieunterricht sogar in Schulen mit deutscher Unterrichtssprache in polnischer Sprache erteilt werden soll, und daß zu diesem Unterricht nur polnische, vom Unterrichtsministerium bestätigte Lehrbücher benutzt werden dürfen,
2. daß der Beschluß des Ministerrats vom 3. März 1919 über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache gemäß Art. 1 in dem Territorium des Petrikauer Kreises keine Anwendung haben kann, und somit zum Bestehen der Schulen mit deutscher Unterrichtssprache in diesem Kreis keine rechtlichen Grundlagen vorhanden seien.

Auf Grund dieses Rundschreibens des Kuratoriums hat der Petrikauer Schulinspektor angeordnet, daß diese Verordnung unverzüglich durchgeführt und in den deutschen Schulen schon vom 1. April d. J. die polnische Unterrichtssprache eingeführt werden soll.

Das Kuratorium nennt die rechtliche Grundlage nicht, auf die es seine Anordnung betr. den Unterricht der Geographie in polnischer Sprache stützt. Uns ist solche Grundlage nicht bekannt, dagegen wissen wir, daß das Ministerium eine ähnliche Anordnung des Posener Kuratoriums auf Grund der Intervention des Deutschen Parlamentarischen Klubs aufgehoben hat. Wir erwarten, daß das Ministerium auch dem Warschauer Kuratorium eine ähnliche Weisung erteilen wird. Was die Behauptung des Warschauer Kuratoriums anbelangt, daß der Ministerratsbeschluss vom 3. März 1919 über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache auf dem Gebiet des Petrikauer Kreises keine Anwendung finden darf, so beweist dies nur, daß die Herren Beamten im Schulkuratorium sich nicht die Mühe gegeben haben, dieses Gesetz bis zum Ende durchzulesen. Im Art. 31 heißt es nämlich wörtlich:

„Die Bestimmungen dieses Beschlusses werden auf den Teil des polnischen Staates ausgedehnt, der früher das russische Teilgebiet darstellte.“

Ich glaube, die Herren müßten doch wissen, daß der Petrikauer Kreis zu dem früheren russischen Teilgebiet gehört. Der Art. 1, auf den sich das Kuratorium beruft, betrifft nur die Liquidierung der früheren deutschen Schulgemeinden in dem deutschen Besatzungsgebiet.

Diese wenigen, hier angeführten Tatsachen beweisen uns schon genügend, wie groß das Chaos in dem Minderheitenschulwesen ist, wie die lokalen Schulbehörden die gesetzlichen Bestimmungen auslegen und ausführen, und wie sie überhaupt sich dem deutschen Schulwesen gegenüber verhalten. Die Lehrer dieser Schulen befinden sich zwischen Hammer und Anvil: die deutsche Bevölkerung verlangt auf Grund des ihr zustehenden Rechts, daß der Unterricht in den Schulen in deutscher Sprache geführt werde, die Schulinspektoren, die in den meisten Fällen die deutsche Sprache überhaupt nicht beherrschen, prüfen die Kinder bei den Visitationen in polnischer Sprache. Hat der Lehrer so unterrichtet, wie das Gesetz es bestimmt und wie die Eltern es verlangen, so können die Kinder dem Schulinspektor auf seine Fragen keine genügenden Antworten geben, der Lehrer erhält eine Rüge und zuletzt wird ihm mit Entlassung gedroht. Obendrein

verlangt man von den Lehrern, daß sie sich politisch betätigen und sich für Organisationen einsetzen, die der deutschen Bevölkerung verhaßt sind.

Zwischen der Schule und den Eltern entsteht eine Kluft, der Lehrer wird angefeindet. Kein Wunder, daß jeder gewissenhafte deutsche Lehrer darunter seelisch schwer leiden muß, daß seine Erfolge bei der Erziehung der heranwachsenden Jugend minimal sind und die so oft von Ihnen, meine Herren, genannte staatliche Erziehung schwer darunter leidet. Wenn wir noch hinzufügen, daß in einigen Ortshäusern von den Schulleitern die Feststellung der Arbeitsstätte der Väter der Schulkinder verlangt wird, und wenn dann diejenigen Familienväter, die ihre Kinder in eine deutsche Schule schicken, ihre Stellung und ihr Brot verlieren, so wird die Schuld an diesem großen Unglück den Schulleitern zugeschrieben und die Einstellung zu der Schule wird für beide Teile unerträglich.

Das Interesse des Staates, das Wohl unserer Jugend und die Notwendigkeit, der immer wachsenden Aufregung und Unzufriedenheit unter der deutschen Bevölkerung ein Ziel zu setzen, erfordern es, daß diesem Zustand so bald als möglich ein Ende bereitet werde. Will das Ministerium auf die Außerungen und Beweise unseres guten Willens eine positive Antwort geben, so muß es unverzüglich an die Befestigung der von mir oben angeführten Mängel herantreten. Zu diesem Zweck müßte eine

spezielle Abteilung für das Minderheitenschulwesen

geschaffen werden. Das Ministerium muß sobald als möglich klare und deutliche Bestimmungen über das deutsche Schulwesen erlassen und für diese Schulen entsprechende Lehrpläne ausarbeiten. Die Visitation dieser Schulen muß besonderen Visitatoren, die die deutsche Sprache beherrschen, übertragen werden, denen es zur Pflicht gemacht wird, die Kinder in deutscher Sprache und im Rahmen der festgelegten Programme zu prüfen. Bei der Lösung dieser Probleme sind wir gern bereit, auf Wunsch des Mini-

steriums mitzuarbeiten und gute Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.

Zum Schluß will ich noch einige Worte den evangelischen Bekenntnissen

widmen. Der Senatsreferent nimmt zu den Bekenntnisfragen keine Stellung, dagegen hat der Sejmreferent diese Probleme ziemlich ausführlich behandelt. Er führt alle Anordnungen und Vorbereitungen an, die die Regierung zwecks Regelung des Verhältnisses des Staates zu der katholischen und orthodoxen Kirche und den jüdischen Gemeinden getroffen hat. Die evangelischen Kirchen werden aber mit keinem Wort erwähnt. Uns ist dagegen bekannt, daß ein neues Gesetz vorbereitet wird, das das Verhältnis des Staates zu der evangelisch-augsburgischen Kirche festlegen soll. Dieses Projekt unterscheidet sich wesentlich von dem im Jahre 1923 von der konstituierenden Synode unserer Kirche als deren rechtlichen Repräsentanten einstimmig angenommenen Gesetzentwurf. Das neue Projekt läßt sich weder mit dem Art. 115 unserer Staatsverfassung, noch mit den Grundsätzen der evangelischen Kirchen in Einklang bringen. Dieses Projekt hat in der evangelischen Öffentlichkeit heftige Aufregung und Unzufriedenheit hervorgerufen. Wir erwarten aber, daß die Regierung diese äußerst wichtige Angelegenheit nicht einseitig erledigen, sondern die in der Verfassung vorgesehene Verständigung mit der rechtlichen Vertretung dieser Kirche suchen wird.

Sollte die Regierung der Kirche ein Gesetz aufzuzwingen versuchen, zu dem diese ihre Zustimmung nicht geben kann, so müßte dies zu einer Spaltung in der Kirche führen und zu einer Quelle fortwährender Kämpfe zwischen Staat und Kirche werden.

Dies kann doch weder im Interesse des Staates noch der Kirche liegen. Bei gutem Willen von beiden Seiten wird sich eine Verständigung leicht erzielen und dadurch eine dauerhafte Grundlage zu einer friedlichen und für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit schaffen lassen.

Die Hungerkatastrophe in Rußland

In unseren bisherigen Mitteilungen haben wir mehrfach Hinweis über eine Gesamtzahl der Menschenopfer infolge der Hungerkatastrophe in der Ukraine, im Nord-Kaukasus usw. gebracht, eine Zahl, die selbst nach russischen Zugeständnissen an Ort und Stelle mit bis zu 10 Millionen Menschen angegeben wird.

In der Zeitschrift des Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa „Nation und Staat“ (Januar-Heft) wird die Zahl der umgekommenen Menschen auf Grund verschiedener Unterlagen allein bei dem Rußlanddeutschstum errechnet. In den streng sachlichen Ausführungen ist folgendes mitgeteilt:

Von den Deutschen Rußlands wohnten noch vor 5 Jahren etwa 360 000 in der Ukraine. Die in den Sümpfen und Wäldern Russisch-Bolyniens siedelnden 45 000 Deutschen, die schwer von der Staatsgewalt und deren Arbeitsmethoden zu erfassen waren, werden etwa 4 Prozent durch den Hungertod verloren haben. Vom Korostener Gebiet kann dasselbe gesagt werden. Weit größer sind schon die Verluste der um Odeßa lebenden 70 000 Deutschen. Die Bezirke von Mariupol, Nikolajew und Melitopol, etwa 100 000 Deutsche, haben einen Verlust von 10 Prozent zu verzeichnen; hier sind schon ganze Dörfer verhungert oder ausgewandert. Im Donbas-Gebiet mit seinen Bergwerken und Industrien wird auch gehungert; doch ist hier die Regierung interessiert, die lebenswichtigen Betriebe aufrechtzuerhalten und der Bevölkerung Nahrung zuzuführen. Die 12 000 Deutsche aus dem Bezirk Artsemowil haben deshalb kaum 5 Prozent verloren. Wenn wir uns jetzt der Krim zuwenden, so hat hier der Hunger am stärksten im Rayon Simferopol und Djanfot gewütet. In diesen beiden Gebieten, wo vor fünf Jahren noch 25 000 Deutsche in großen Dörfern siedelten, werden heute wohl kaum noch 15 000 zu finden sein. Wenn wir uns jetzt dem Nord-Kaukasus mit seinen Getreidefabriken, Staatsgütern und anderen Großbetrieben landwirtschaftlicher Art zuwenden, in dem noch vor fünf Jahren 110 000 Deutsche lebhaft wa-

ren, so müssen wir feststellen, daß der Hunger hier etwa 20 Prozent der Deutschen fortgerafft hat; ein großer Teil ist nach dem Norden ausgewandert oder nach Sibirien verschickt worden. In diesem Gebiet, wo die Arbeitsmethoden der Sowjetregierung am intensivsten durchgeführt wurden, sind die Verluste an Menschenleben am größten... Das Wolga-Gebiet mit seinen 420 000 Deutschen hat lange nicht so schwer wie die Ukraine, die Krim und der Nord-Kaukasus unter dem Hunger zu leiden gehabt. Aus der Baschkirerepublik Kasakstan und den angrenzenden Rayons, wo etwa 35 000 Deutsche leben, sind keine zuverlässigen Daten zu erhalten. Im südlichen Sibirien, wo etwa 45 000 Deutsche fern den Zugriffen der kommunistischen Machthaber siedeln, wird, wie in ganz Rußland, gehungert; man verhungert hier aber nicht in größerem Ausmaß... Sehr schlecht steht es um die Deutschen in den Verbannungsgebieten, wie in den Gouvernements Archangelsk, Weliki Ustjug, Wjaska, dem Nord-Ural und dem westlichen Teil Nord-Sibiriens. Hier sterben etwa 60 Prozent der Verbannten, was bei etwa 120 000 verschickten Deutschen ein fürchterliches Opfer bedeutet.

Der Verfasser dieses Berichts in der deutschen Ministerzeitung, der Leiter derselben F. v. Uexüll, gelangt dann auf Grund sämtlicher Angaben zu den folgenden Feststellungen: Die Zahl der allein im Jahre 1933 elend zugrunde gegangenen Deutschen dürfte nicht weit von 140 000 entfernt sein. Dazu kommen dann noch weitere Tausende und Abertausende deutsche Menschen, die in den Jahren vor Beginn der Hungerkatastrophe in den Wäldern Nord-Rußlands und Sibiriens, wo sie als sogenannte Kulaken zu Zwangsarbeit verwendet wurden, im tiefsten Elend zugrunde gegangen sind.

In dem erwähnten Organ des Verbandes der deutschen Volksgruppen Europas wird hierauf namens des Auslandsdeutschtums die Forderung erhoben, daß dem deutschen Volk die

sofortige Möglichkeit zu einer Rettung der noch weiterhin bedrohten deutschen Menschen vom Hungertod in der Sowjet-Union

werden möge. In dieser Rundgebung heißt es: Bis vor einiger Zeit bedienten sich die rätelkommunistischen Stellen des Vorwandes, daß es Feinde und Saboteure der kommunistischen Staatsordnung seien, die zu leiden haben und daß es daher eine Einmischung in die Innenpolitik der Sowjet-Union sei, wenn für die Schollenflüchtigen und Verbannten etwas geschieht. Dieser Vorwand ist jetzt hinfällig, denn es handelt sich heute zum allergrößten Teil um Landleute, die längst nicht mehr als „Kulaken“ bezeichnet werden können und in Kolchofen organisiert wurden oder als Arbeiter auf Sowchofen ihre Existenz fristen.

Die Verlustliste am besten, vitalsten Volkstum ist bereits zu groß, als daß noch länger auf wirklich wirksame Hilfsmassnahmen Verzicht geleistet werden könnte. Der These der Nichteinmischung muß die These der Berechtigung auf Betätigung der Nächstenliebe an Volksgenossen entgegengesetzt werden.

Ans scheint es ferner auch eine Pflicht der Vereinigten Staaten zu sein, ihre neugeschaffene Position im Sinne der Ermöglichung wirksamer Hilfsmassnahmen nutzbar zu machen.

Vor allem aber muß Klarheit geschaffen werden!

Dieses ist die Forderung, die von dem Organ der Volksgruppen Europas nach den angeführten Feststellungen erhoben wird. Die Forderung, an die Stelle des Grundgesetzes einer Nichteinmischung den Grundsatz einer Betätigung der Nächstenliebe an den Volksgenossen zu setzen, richtet sich an das deutsche Stammvolk. Desgleichen aber auch an alle übrigen Teile der großen deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft. Im Interesse ihres Bestandes und vor allem auch ihrer Würde müßten jetzt durchgreifende Massnahmen zur Sicherung der Existenz der deutschen Volksgenossen in der Sowjet-Union erfolgen.

Lelet und verbreitet den
„Volksfreund“!

Politische Nachrichten

Inland

Empfang beim Deutschen Gesandten in Warschau

Anläßlich des Austausch der Ratifikationsurkunden der deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar d. J. fand beim Deutschen Gesandten von Moltke in Warschau ein Essen statt.

In seiner Begrüßungsrede unterstrich der deutsche Gesandte die Verdienste des Außenministers Beck um das Zustandekommen der Erklärung und bedauerte, daß seine Erkrankung ihn verhindert habe, zugegen zu sein. Er betonte, daß dieses Abkommen, das eine neue Phase in den deutsch-polnischen Beziehungen sein solle, dem staatsmännischen Weitblick und der persönlichen Initiative der beiden Führer, des Reichskanzlers Adolf Hitler und des Marschalls Piłsudski entsprungen sei. Dieses Abkommen sei nicht nur von großer Bedeutung für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, sondern auch für die Festigung des allgemeinen Friedens in Europa.

Ministerpräsident Sędziszewicz dankte dem deutschen Gesandten für die freundlichen Worte und hob hervor, auch die polnische Regierung und die polnische Öffentlichkeit seien überzeugt, daß das Inkrafttreten der deutsch-polnischen Erklärung eine der wichtigsten positiven Etappen in den deutsch-polnischen Beziehungen darstelle. Das deutsch-polnische Abkommen sei der Ausdruck des grundsätzlichen Fortschrittes in der Entwicklung des nachbarschaftlichen Verhältnisses beider Staaten. Gleichzeitig sei es ein Werkzeug zur Sicherung und Festigung der internationalen Beziehungen.

Der Wirtschaftskrieg mit Deutschland beendet

In der vergangenen Woche wurde ein Wirtschaftsvertrag zwischen Polen und Deutschland abgeschlossen.

Selten jemals ist eine Nachricht mit einer derartigen Aufmerksamkeit gelesen worden, wie eben diese Meldung über die Beendigung des seit 1925 zwischen Polen und Deutschland dauernden Zollkriegs. Nicht allein die direkt interessierten Wirtschaftskreise schenkten ihr allergrößte Beachtung, sondern auch die übrige Bevölkerung wurde von ihr lebhaft berührt. Man bedenke auch einmal: fast neun Jahre hat es keinen ordentlichen Warenaustausch zwischen zwei Staaten mehr gegeben, die in dieser Hinsicht wie kaum zwei andere auf einander angewiesen sind. Es ist nur selbstverständlich, daß das Aufhören dieses ungelunden Zustandes auf das lebhafteste interessieren muß.

Als der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen abgeschlossen war, da war es jedermann klar, daß nach dem politischen auch der endgültige wirtschaftliche Friedensschluß kommen werde. Die *U n b a h n u n g* eines besseren wirtschaftlichen Einvernehmens war bereits eingeleitet worden. Von halbem Monat zu halbem Monat wurde das zwischen den beiden Staaten abgeschlossene Abkommen über die gegenseitige Nichtanwendung der Maximalzölle der Zolltarife beider Länder im Verkehr miteinander verlängert — in Voraussicht eines bald abzuschließenden endgültigen Vertrags. Die Beschließung einer kulturellen Zusammenarbeit zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk ließ vermuten, daß der Abbau des wirtschaftlichen Kriegszustandes vor der Tür stehe.

Gewiß wird die Arbeit, die die beiderseitigen Wirtschaftsdelegationen zu bewältigen haben werden, nicht einfach sein. Der *l. Zt.* abgeschlossene, nur einseitig ratifizierte Handelsvertrag dürfte kaum noch als Grundlage für ein neues Wirtschaftsabkommen dienen können. Die Verhältnisse haben sich seitdem sowohl haben wie drüben ganz bedeutend geändert. Wir erinnern nur an den gewaltigen Ausbau der deutschen Landwirtschaft und an die Schaffung verschiedener Industrien in Polen, die es bis dahin hier nicht gegeben hat.

Trotzdem: wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Die polnische Presse schenkt der Beendigung des Zollkriegs große Beachtung. So erklärt z. B. der regierungsfreundliche Warschauer „Kurjer Poranny“ u. a.: „Die Beendigung des wirtschaftlichen Kriegszustandes zwischen Deutschland und Polen wurde durch die durch den Abschluß des Nichtangriffspaktes entstandene Stimmung erleichtert. Dieser Erfolg ist um so größer, als er durch die gegenseitigen Erschwerungen und Einschränkungen des Warenverkehrs herbeigeführt wurde“. Das Blatt glaubt, daß schon allein die Tatsache der Beendigung des Zollkrieges beiden Ländern Nutzen bringen werde, zumal es außer Zweifel stehe, daß nach dem Inkrafttreten des Wirtschaftsabkommens die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern eine bedeutende Verbesserung erfahren dürften. Dank der abgeschlossenen Abkommen zwischen dem Reich und Polen beginne ein neuer Abschnitt nachbarlicher Zusammenarbeit, die gestützt sei auf den guten Willen beider Seiten.

Der Vertreter Polens über die Bedeutung des Vertrages mit Deutschland

Im Außenministerium fand am Montag eine Pressekonferenz statt, auf der Abteilungsleiter Antoni Roman die anwesenden Pressevertreter allgemein über die Grundzüge des polnisch-deutschen Wirtschaftsabkommens unterrichtete, das den langwährenden Konflikt zwischen Polen und Deutschland liquidiert.

Das polnisch-deutsche Abkommen beruht bekanntlich auf der Aufhebung der beiderseitigen Kampfmaßnahmen, die aus dem Konflikt zwischen Polen und Deutschland hervorgegangen sind, also der Maximalzölle, der diskriminierenden Einfuhr- und Durchfuhrverbote u. dergl. In Fällen, in denen keine sachlichen Bedenken bestehen, werden die Seiten autonome Zollnachlässe gewähren.

Die Grundabsicht des Verständigungsabkommens ist die Vermeidung größerer Verschiebungen und Erschütterungen, die zweifellos eintreten könnten, wenn man die beiderseitigen Umsätze bedeutend erhöhte. Man muß in Betracht ziehen, daß nach einer neunjährigen Unterbrechung der normalen Handelsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland lediglich theoretische Vermutungen möglich sind über die Entwicklung der Beziehungen nach dem Inkrafttreten des Abkommens.

Erst die Praxis wird eine Orientierung über die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung der polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen erlauben. Im allgemeinen wird angenommen, daß die polnisch-deutschen Umsätze gegenüber den bisherigen um 20—30 Prozent ansteigen werden. Im Lichte der bisherigen Erfahrungen erscheint die Auffassung von der

Notwendigkeit einer allmählichen Rückkehr zu normalen Handelsbeziehungen

zweckmäßig und begründet. In Beantwortung einer Reihe von Fragen erläuterte Abteilungsleiter Roman, daß die Frage der polnischen Kohlenausfuhr nach Deutschland im neuen Abkommen nicht berührt worden sei, und zwar aus der Erwägung heraus, daß Polen größere Konzessionen gegenüber der deutschen Einfuhr hätte machen müssen, um ein höheres Kontingent zu erreichen. Das sei, erklärte Herr Roman, mit Rücksicht auf die Grundtendenz, größere Verschiebungen im polnischen Außenhandel zu vermeiden, nicht zweckmäßig, da man erst die praktischen Ergebnisse des neuen Abkommens abwarten wolle. (Siehe auch Wirtschaftsteil.)

Das polnisch-deutsche Abkommen wird wahrscheinlich am 7. März unterzeichnet werden.

Deutsche Einfuhrkontingente

Wie verlautet, hat Deutschland bedeutende Kontingente für die Textilwaren-Einfuhr nach Polen erzielt. Es soll sich vor allem um Strumpfwaren handeln, deren Verbot seit dem Jahre 1925 besteht. Ferner wurde Deutschland ein gewisses Kontingent von Gardinenstoffen und verschiedenen Erzeugnissen der Konfektionsindustrie zugestanden.

Des weiteren ist in dem Abkommen die Einfuhr einer bestimmten Menge von deutschem Kammaarn vorsehen,

Keine ersten Befürchtungen wegen deutscher Konkurrenz

Anläßlich des Zustandekommens der polnisch-deutschen Wirtschaftsverständigung gewährte der Abteilungsleiter im Außenministerium Antoni Roman einer Agentur ein Interview, in dem er u. a. in Beantwortung der Frage, ob für die polnische Industrie die Gefahr einer übermäßigen deutschen Konkurrenz bestehe, erklärte:

„Das ist schwer vorzusagen. Die Deutschen besitzen eine sehr gute Organisation der Ausfuhr und bedeutende Ausfuhrmöglichkeiten, so daß sie auch ohne Konventionen und lediglich auf Grund der zweiten Spalte des polnischen Zolltarifs zu einer wesentlichen Konkurrenz auf dem Markt werden könnten. Diese Gefahr soll aber nicht überschätzt werden. Der polnische Zolltarif bietet Schutzmaßnahmen in ausreichendem Maße.“

Polnische Eisenbahnschienen für Deutschland

Zwischen den Vertretern der Hütte der „Interessengemeinschaft“ und der Friedenshütte sowie der deutschen Reichsregierung andererseits werden gegenwärtig Verhandlungen über die Lieferung von 30 000 t Eisenbahnschienen für Deutschland geführt. Es wird erwartet, daß der Abschluß der Verhandlungen in den nächsten Tagen vollzogen werden kann.

Wechsel in der Warschauer Sowjetvertretung

In politischen Kreisen wird behauptet, daß in der russischen diplomatischen Vertretung in Warschau im Zusammenhang mit der Erhebung der Gesandtschaft in den Botschaftsrang ein Wechsel bevorstehe. Der bisherige Gesandte Antonow-Dwizejko soll zurücktreten und nach Moskau zurückkehren, wo man ihm wahrscheinlich einen hohen Posten in der kommunistischen Partei anbieten werde.

Antonow-Dwizejko gehört zu den hervorragendsten russischen Diplomaten und hat Verdienste um die polnisch-russische Annäherung. Auch die rumänisch-russische Annäherung ist unter seinem Mitwirken zustande gekommen.

Polen aus Litauen protestieren

In Wilna fand eine Protestversammlung von Polen aus Litauen statt. Wegen der Verfolgung der dortigen polnischen Minderheit wurden scharfe Entschlüsse gegen Kowno gefaßt. Die Polen in Litauen werden aufgefordert, „im Kampf gegen den verblendeten litauischen Chauvinismus“ an ihrem Volkstum festzuhalten. Die polnische Regierung wird gebeten, kein Mittel unverzagt zu lassen, das schwere Los der polnischen Minderheit in Litauen zu erleichtern, und wird aufgefordert, Gegenmaßnahmen anzuwenden.

Der Graudenzener Deutschenmord geführt

Vor der Strafkammer des Bezirksgerichts begann am Montag der Prozeß wegen der blutigen Vorgänge am 23. November v. J. Wie erinnerlich, wurde anläßlich der Stadtverordnetenwahl ein Ueberfall auf eine geschlossene deutsche Vertrauensmännerversammlung verübt. Der Schmiedemeister Krumm und der Installateur Riebold erlitten ihren Verletzungen.

Vor Gericht standen jetzt 13 Angeklagte. Die Anklageschrift hält ihre Teilnahme an den Mißhandlungen für erwiesen. Es sei jedoch nicht festzustellen gewesen, wer die tödlichen Verletzungen verursacht habe. Der Staatsanwalt hat aus diesem Grunde nur Bestrafung wegen Teilnahme an einer Mißhandlung beantragt. Die Höchststrafe beträgt hierfür 5 Jahre Gefängnis. Sämtliche Angeklagten gehören dem Schützenverband an.

Bei der Vernehmung widerrief ein Teil der Angeklagten die Geständnisse und belasteten sich gegenseitig. Die meisten wollen nur „zufällig“ in die Schlägerei hineingeraten sein. Die Verhandlung ergab jedoch, daß die Angeklagten an dem fraglichen Abend von einer Versammlung des Schützenverbandes in das deutsche Lokal gezogen sind.

Am zweiten Tage des Graudenzener Prozesses wurden etwa 20 Zeugen und die Sachverständigen einvernommen.

Die Mehrzahl jagte belastend für die Angeklagten aus.

Spät abends wurde das Urteil verkündet: 10 Angeklagte wurden von 6 Monaten bis 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Vier Angeklagte erhalten fünfjährigen Strafausschub, während die Untersuchungsfrist bei sämtlichen in Anrechnung gebracht wird. Auf Grund der Zivilklage wurden die Verurteilten zur Zahlung von je 100 Zloty sowie zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt.

Dreimonatiger Erholungsurlaub für Bresthäftling

Der ehem. Abgeordnete Mastel, der im Brestprozeß zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, erhielt einen dreimonatigen Erholungsurlaub. Mastel begab sich unmittelbar nach seiner Entlassung nach der Eisenbahner-Gewerkschaft.

Die Behandlung der Minderheiten und die Zukunft des polnischen Staates

Der Senat befaßte sich in seiner Vollsitzung am Sonnabend eingangs mit dem Haushalt des Innenministeriums, das durch Sen. Sobolewski referiert wurde. Der Berichtstatter stellte fest, daß bedeutende Einsparungen und wesentliche Fortschritte in der Verbesserung der Verwaltung erzielt worden seien. Zu den wichtigsten Fragen ist, so erklärte der Referent, die Selbstverwaltungsfrage und die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten zu rechnen. Das neue Selbstverwaltungsgezet ist vielleicht keine ideale Lösung, hält jedoch den Anforderungen des Lebens stand.

Die Zukunft des Staates hängt in großem Maße von der Art ab, wie die Minderheitenfragen gelöst werden. Sen. Sobolewski meinte, innerhalb der deutschen Minderheit sei eine deutliche Ernüchterung eingetreten, worauf der Abschluß des Paktes mit dem Deutschen Reich eingewirkt habe.

Weiter erklärte Sen. Sobolewski, er sehe in der Haltung der Juden einen Widerspruch, die in diesem Jahre erstmalig gegen das Budget stimmten, während die polnischen Konsulate in Deutschland für ihren Schutz eintreten.

Bei der Besprechung der ukrainischen Frage meinte der Berichtstatter, die letzten Prozesse hätten in der ukrainischen Bevölkerung starken Eindruck hinterlassen. Die Erkenntnis von der falschen Wahl der Kampfmittel bringe immer weiter vor.

Warschauer Stadtrat und Magistrat aufgelöst

Wojewode Roscialkowski zum Stadtpräsidenten bestellt.

Der Ministerrat hat auf Antrag des Justizministers den Stadtrat und die Verwaltung von Warschau aufgelöst. Der Wojewode von Bialystok, Marjan Zyndram-Roscialkowski, wurde zum vorläufigen Warschauer Stadtpräsidenten ernannt. Wojewode Roscialkowski tritt sein Amt morgen an.

Die polnischen Pfadfinder in Danzig

Am Sonntag findet die Eröffnung des neuen Lokals des Kommandos der polnischen Pfadfinderschaft in Danzig statt. Es gibt in Danzig 235 polnische Pfadfinder.

Truppenübungen bei Kattowiß

im Beisein der ausländischen Militärattachés.

Am 2. und 3. März fanden in der Nähe von Kattowiß Truppenübungen größerer Formationen statt. Die Leitung hatte General Zajonc. An den Übungen nahmen u. a. auch die Militärattachés Englands, Deutschlands, Hollands, Oesterreichs, der Tschecho-Slowakei, Finnlands, Spaniens, Japans, Rußlands und Schwedens teil.

Die Übungen wurden gestern nachmittag beendet. Anschließend fand in Kattowiß vor dem Wojewodenschaftsgebäude ein Vorbeimarsch der Formationen statt, die an den Übungen teilgenommen hatten. An dem Vorbe-

marsch beteiligten sich Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Tanks, Luftabwehrbatterien usw.

Unter Abgeordneten

Das Marschallgericht des Sejms verhandelt zurzeit in Sachen der Beschuldigungen, die der Abgeordnete Mackiewicz gegen den Abgeordneten A. Zwierzynski erhoben hat, wonach dieser lehte aus einem Freudenhaus, das sich in seinem Wilnaer Haus befindet, Nutzen ziehen soll.

Antijüdische Kundgebungen

Wie die „Gazeta Warszawska“ nach der Jüdischen Telegrafagentur meldet, wurden in Jarocin im Posenischen die jüdischen Krambuden auf dem Wochenmarkt zerstört und mehrere Juden schwer, andere leichter verletzt. In Warschau wurden nach dem jüdischen „Nasz Przegląd“ in mehrere jüd. Kaufläden Stinkbomben geworfen. Mehrere Juden seien verprügelt worden. In der Universität wurden judenfeindliche Flugblätter verteilt.

Kein Interesse für Boykott deutscher Waren

Das jüdische Komitee für den Boykott deutscher Waren in Baranowicze hat, wie die Polnische Telegraphenagentur mitteilt, seine Auflösung beschlossen. In der Begründung des Schrittes heißt es, daß die Tätigkeit des Komitees von seiten der jüdischen Gesellschaft, insbesondere der Intelligenz, gänzlich ignoriert worden sei.

Zwangsmassnahme gegen ein Reptilienblatt

Wie amtlich mitgeteilt wird, wurde das in Rybnik erscheinende Witzblatt „Die Spritze“ wegen eines Ausfalls gegen den Reichszanzer polizeilich beschlagnahmt. Gegen den verantwortlichen Redakteur ist ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet worden.

In der betreffenden Nummer war Reichszanzer Hitler dreimal karikiert worden. Das Gericht erblickte in den Karikaturen eine Beleidigung eines fremden Staatsoberhauptes.

„Die Spritze“ ist eins der schenlichsten „Witz“-Blätter Polens.

Ausland

Die Aufgabe der Zukunft

Ausführungen der „Diplomatisch-politischen Korrespondenz“

Anlässlich der Ratifizierung des deutsch-polnischen Abkommens schreibt die „Diplomatisch-politische Korrespondenz“, daß bereits die vergangenen 4 Wochen ausreißend für den aufrichtigen Friedenswillen der beiden Regierungen zeugten und daß der Pakt einen wertvolleren Beitrag zur Entwicklung der internationalen Beziehungen darstelle als die Mehrzahl der bisherigen Abmachungen. Zwar löse das Abkommen noch nicht sämtliche zwischen Deutschland und Polen bestehenden Probleme, es hebe aber die Frage der Sicherung und Festigung des Friedens auf ein höheres Niveau und führe den Beweis, daß die gegenwärtigen Gegenfälligkeiten es nicht verhindern könnten, eine solche Form des Zusammenlebens der Völker zu suchen, die ihnen den größten Nutzen bringt. Die Verwirklichung des hohen Zieles der Schöpfer dieses Abkommens des Marschalls Piłsudski und des Reichszanzer's Hitler, erklärte die Korrespondenz weiter, ist nunmehr die Aufgabe der Völker. Diese Aufgabe ist, was die kontreten polnisch-deutschen Fragen betrifft, nicht einfach, aber desto dankbarer.

Zum Schluß unterstreicht die Korrespondenz den Ernst und die Aufrichtigkeit, mit der die deutsche Reichsregierung eine dauernde Verständigung mit Polen anstrebe, und fügt hinzu, daß man das Vorhandensein eines ähnlichen guten Willens auf polnischer Seite nicht anzweifeln könne.

Die deutschen Staatsfeiertage

Nationalfeierntag ist der 1. Mai.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung am Dienstag zunächst ein Gesetz über die Feiertage. Danach

ist der nationale Feiertag des deutschen Volkes der 1. Mai. Der 5. Sonntag vor Ostern (Reminiscere) ist Helldenkentag (früher Volkstrauertag). Der 1. Sonntag nach Michaeli ist Erntedanktag. Außer den genannten nationalen Feiertagen sind Feiertage der Neujahrstag, der Karfreitag, der Ostermontag, der Himmelfahrtstag, der Pfingstmontag, der Bußtag am Mittwoch vor dem letzten Trinitatissonntag und der 1. und 2. Weihnachtstag. In Gegenden mit überwiegender evangelischer Bevölkerung ist der Reformationstag, in solchen mit überwiegender katholischer Bevölkerung der Fronleichnamstag gesetzlicher Feiertag entsprechend der bisherigen Übung.

Das Kabinett verabschiedete ferner ein Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung. Dieses Gesetz stellt die Einheitlichkeit der Verkehrspolitik sicher und enthält Vereinfachungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Reichspost und Reichsfinanzverwaltung.

Deutsche Ehrenpatenschaften

Vor der Berliner Presse gab der Leiter der städtischen Gesundheitsabteilung Stadtmedizinalrat Dr. Klein eingehende Darlegungen über den Sinn und die Durchführung der Berliner Ehrenpatenschaften. Am 20. April, dem Geburtstag des Führers, werden mit der Errichtung der Beratungsstellen für Massenpflege die neuen bevölkerungspolitischen Maßnahmen der Stadt Berlin verwirklicht werden, die ihre Krönung in der Übernahme von Ehrenpatenschaften finden.

Für jedes 3. und 4. Kind einer erbgelunden Familie, das nach diesem Zeitpunkt empfangen wurde und für das die Reichshauptstadt die Ehrenpatenschaft übernimmt, wird im ersten Lebensjahr eine Ehrengabe von monatlich je 30 Mark, in den folgenden 13 Jahren von monatlich je 20 Mark an die Eltern zur Auszahlung gelangen.

Voraussetzung für die Verleihung einer Ehrenpatenschaft ist Gesundheit und Erbgelundheit der ganzen Sippe. Hierbei werden sorgfältige behördliche Prüfungen stattfinden.

Dimitrow und Genossen in Moskau

Jahrestag des Reichstagsbrandes.

Die drei Bulgaren Dimitrow, Popow und Tanew sind am Dienstagabend im Moskauer Flughafen eingetroffen. Im Flughafen hatten sich große Menschenmengen eingefunden sowie einige Orchester. Die Begrüßung trug einen außerordentlich feierlichen Charakter. Namens der Komintern sprach Manuilski, namens der Sowjetbehörden der Leiter der Zivilflughafen Anisimow.

Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet:

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die drei im Reichstagsbrandprozeß freigesprochenen Bulgaren Dimitrow, Popow und Tanew am Dienstag aus Deutschland ausgewiesen wurden. Die Ausweisung konnte bisher nicht erfolgen, da die bulgarische Regierung es abgelehnt hatte, die drei Kommunisten als bulgarische Staatsbürger anzuerkennen und ihnen die Einreise verweigerte. Nachdem die

Sowjetregierung allen dreien kürzlich das Sowjetbürgerrecht zuerkannt hat, wurde die Abschiebung auf das Gebiet der Sowjetunion möglich, was am Dienstag auch erfolgt ist.

Seit dem Reichstagsbrand ist heute ein Jahr verflossen.

Die Verhezung durch die Presse soll endlich aufhören

Amtlich wird mitgeteilt:

Im Zusammenhang mit der in Warschau ratifizierten deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar d. J. haben zwischen den zuständigen Berliner Stellen und dem zurzeit hier weilenden Pressechef des polnischen Außenministeriums, Herrn Przejmowski, und seinem Stellvertreter, Herrn Rüdiger, Besprechungen stattgefunden, um eine ständige Fühlung zwischen den beiderseitigen amtlichen Stellen einzuleiten.

Um die Auswirkungen der deutsch-polnischen Vereinbarung zu fördern, haben die Vertreter beider Teile ihren übereinstimmenden Willen dahin festgestellt, in allen Fragen der öffentlichen Meinungsbildung in den beiden Ländern in fortlaufender Zusammenarbeit daraufhin zu wirken, daß

das gegenseitige Verständnis immer mehr gewandelt und dadurch eine freundschaftliche Atmosphäre gewährleistet wird.

Ueber die auf den einzelnen Gebieten der Presse, des Schrifttums und des Radios, Kinos und Theaterwesens einzuleitenden Schritte ist dabei volles Einverständnis erzielt worden. Die beiderseitigen Vertreter sind darin übereingekommen, die hergestellte Verbindung ständig zu unterhalten. In diesem Sinne wurde vereinbart, die nächste Begegnung in Warschau stattfinden zu lassen.

Keine Meinungsverschiedenheit innerhalb der Reichsregierung

Reichsminister Dr. Göbbels hat dem Berliner Vertreter des „Matin“ in einer Unterredung die Ziele der nationalsozialistischen Politik im allgemeinen und gegenüber Frankreich im besonderen auseinandergesetzt. Zum Schluß der Unterredung dementierte Dr. Göbbels sämtliche Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reichsregierung.

Von dieser angeblichen Meinungsverschiedenheit wußten in den letzten Tagen gewisse polnische Blätter viel zu erzählen.

Zusammenschluß der Deutschen in Lettland

Die in Lettland bestehenden deutsch-baltischen Parteien, die Volkspartei, die Demokratische Partei, die Reformpartei, die Fortschrittspartei und die Landespartei, werden sich in nächster Zeit auflösen. An ihre Stelle soll

Die Sübnersteige

Von Johannes Linke

„Wenn der Mensch einmal über die Siebzig hinaus ist, soll er nimmer heiraten, besonders nicht im Fasching, wie ich es gemacht habe, sonst wird er den Leuten zum Gespött!“ Das hat der alte Leupl-Schreiner oft gesagt, aber leider zu spät, denn die Weisheit kommt ja meist erst nach der Torheit. Er hat es oft erzählen müssen, der Leupl, getrübt ihn unser Herrgott! wie er geheiratet hat; ein jeder hat die Geschichte immer wieder gern hören mögen, denn für die Unbeteiligten ist sie unterhaltsam, und der alte Schreiner gab sie schmunzelnd zum besten, denn er gehörte zu den seltenen Naturen, die über die eigenen Schwächen und Dummheiten herzlich lachen können.

Der alte Leupl-Schreiner war der letzte Veteran in unserem Dorf, der den sechszehnjährigen und siebzehnjährigen Krieg mitgemacht hatte. Er lebte, seit ihm vor dreißig Jahren seine Hausfrau gestorben war, bescheiden und zurückgezogen in einem Kämmerchen beim Wirt und machte da auf seine

alten Tage die feinere Handwerksarbeit, an die sich kein Schreiner und kein Schmied der Nachbarschaft herantraute, denn er hatte geschickte Finger und einen klugen Kopf. Aber wie es so geht, daß ein Kluger gescheitert sein will als unser Herrgott und sich Sorgen macht, wo der himmlische Vater schon längst einen Ausweg gefunden hat: der Leupl, der nie krank gewesen war, dachte in seinem sechs- und siebenzigsten Lebensjahre daran, wie traurig es um ihn bestellt wäre, wenn er einmal zum Liegen und Belden kommen sollte und, nachdem er sich alles hin und her überlegt hatte, ließ er sich mit der fünfzigjährigen Kolibidin, die im Nachbardorfe ein witziges Häuslein besaß, in aller Stille trauen.

Soweit wäre nun alles gut gewesen, wenn ihm nicht die lieben Nachbarn in den Ohren gelegen hätten, er solle doch, da er nun einmal rechtskräftig verheiratet sei, zu seinem Eheweib in die Wohnung ziehen. Das meinte er, hab, immer noch Zeit, bis er einmal krank werde, aber schließlich gab er dem Gerede der Leute nach, und in der letzten Woche vor der Fastnacht spannte der Wirtsbub die Köpfer vor den Baumstümpfen, schichtete eine Lage Bretter über die Querschläger und lud mit dem alten Schreiner das arbeitslos

ein Deutscher Wählerverband treten, der das gesamte Deutschtum zu erfassen hätte.

Seine Aufgabe wird vor allem darin bestehen, alle wahlberechtigten Leitland-Deutschen zu den Parlamentswahlen zusammenzufassen und zu organisieren die Kandidatenlisten aufzustellen usw. Organe des Wählerverbandes werden die von den einzelnen Ortsausschüssen gewählte Delegiertenversammlungen und das Präsidium sein, welches an die Stelle des bisherigen Ausschusses der Parteien treten wird. Mit der Durchführung dieses Planes ist schon in allernächster Zeit zu rechnen.

Der Antisemitismus in Ungarn

Die Hochschulejugend in Debreczin veranstaltete eine Massenkundgebung in den Straßen der Stadt, in der zum Boykott der jüdischen Geschäfte aufgerufen wurde.

Kaiser Kang Teh von Mandschukuo

Am Donnerstag vormittag erfolgte die feierliche Thronbesteigung Puji, der unter dem Namen Kang Teh Kaiser von Mandschukuo geworden ist.

Sie Herz und Gemüt

Pflegt die deutsche Sprache!

Von Karl Castelhun.

Nachstehendes Gedicht wurde von dem „Deutschen Wort“, einer deutschen illustrierten Zeitschrift in Buenos Aires, veröffentlicht.

Pflegt die deutsche Sprache, hegt das deutsche Wort!
Denn der Geist der Väter lebt darinnen fort,
Der so viel des Großen schon der Welt geschenkt,
Der so viel des Schönen ihr ins Herz gesent.

Was ein Lessing lehrte, was ein Goethe sang,
Ewig wirds behalten seinen guten Klang.
Und gedenk ich Schiller, wird das Herz mir warm:
Schiller zu ersehen, ist die Welt zu arm!

Teuer, meine Kinder, sei uns dieses Land;
Doch an Deutschland knüpfet uns der Sprache Band.
Wahrt der Heimat Erbe, wahrt es euch zum Heil;
Noch den Entelkindern werd es ganz zuteil!

Wenn dereinst entfallen mir der Wanderstab;
Wenn ich längst schon ruhe in dem kühlen Grab:
Was die Gunt der Muse freundlich mir beschied,
Ehrt es, meine Kinder, ehrt das deutsche Lied!

Pflegt die deutsche Sprache, hegt das deutsche Wort!
Denn der Geist der Väter lebt darinnen fort,
Der so viel des Großen schon der Welt geschenkt,
Der so viel des Schönen ihr ins Herz gesent.

bijßen Hausrat, Bett, Kasten, Stühle und Tisch, und dazu die Hobelbank mit den Werkzeugen auf. So fuhren sie, von einer schlitternden und juchzenden Bubenschar begleitet, hinüber ins andere Dorf vor das Häufel der Kolbedin, die ja nun die Leupl-Schreinerin geworden war. Der Greis begann mit dem Burtschen seine Habseligkeiten abzuladen. Zuerst trugen sie die Kisten mit den Hobeln und Sägen, Stemmeisen, Feilen und Messern in die Stube und hoben die Hobelbank vom Schlitten, denn zunächst kommt einmal das daran, was einem am meisten am Herzen liegt.

„Geh, Nanni“, sagte der Leupl, „jetzt ruf einmal deine Hühnersteige ein wengerl auf die Seiten, daß ich die Hobelbank vors Fenster stellen kann.“

Die Kolbedin sah ihren Chemann groß an:

„Du darfst deine Hobelbank hinstellen von mir aus wo du magst, aber nicht vors Fenster! Da ist die Hühnersteige gestanden, solange als ich denk. Und da bleibst's auch.“

„D mein“, lächelte der Schreiner, „das Hühnerkistel hat doch woanders auch einen Platz.“

Der Frühling kommt!

Die Hoffnung auf die warme Jahreszeit ist in uns Menschen so fest verankert, daß wir aus jeder kleinen Knospe, die wir am Wege finden, auf den herannahenden Frühling schließen. Der Sternfreund aber, der ja von Natur aus mehr noch als jeder andere Sterbliche die Veranlagung hat, mit offenen Augen die Wunder der Welt zu schauen, schließt aus der Wanderung von Sonne, Sternen und Planeten auf die fortschreitende Jahreszeit.

Die Sonne wandert immer weiter am Himmel empor, die Tage werden merklich länger, und am 21. März erreicht sie den Schnittpunkt ihrer Bahn mit dem nach allen Seiten verlängerten Erdäquator, dem Himmelsäquator. Dann haben wir im astronomischen Sinne Frühlingsanfang, um 6 Uhr morgens geht die Sonne auf und um 6 Uhr abends unter, Tag und Nacht sind gleich lang.

Aber das Entschwinden des Winters erkennen wir auch an der Wanderung der Sterne, und gerade jetzt in der Zeit des Uebergangs ist es besonders lohnend, zu verschiedenen Nachtzeiten das Firmament zu betrachten. Dann kann man nämlich feststellen, daß die Sternengruppen, die nach Einbruch der Abenddämmerung noch hoch im Süden standen, dem Horizont gegen 10 Uhr abends merklich nähergerückt sind und daß auf der anderen Himmelsseite neue Bilder heraufgekommen sind.

So sehen wir in der westlichen Hälfte des Himmels die uns während des Winters vertraut gewordenen Sternbilder Cassiopeja, Perseus, Stier und Orion dem Untergange zustreben, während auf der anderen Seite Löwe und Jungfrau als bemerkenswerteste Konstellationen des Frühlings gelten können. Der Große Wagen strebt seinem höchsten Stande zu; die vier Sterne seiner Deichsel leiten uns zum Sternbilde des Bootes mit dem intensiv roten Stern Arktur. Hier am östlichen Horizont finden wir die Nordliche Krone, die aus sieben, einen Halbkreis bildenden Sternen besteht, und über den Herkules kommen wir zur Wega in der Leier, die ihren Kreislauf über das Firmament wieder beginnt.

Anfang des Monats, gegen 10 Uhr, am Ende etwa 1 1/2 Stunden früher, erscheint als glänzendster aller Sterne der Planet Jupiter im Bilde der Jungfrau. Er wird uns während der kommenden Monate das willkommenste Beobachtungsobjekt sein, denn seine Scheibe bietet im Fernrohr viel Interessantes, und die Bewegungen seiner vier großen Monde werden wir gern von Abend zu Abend verfolgen, da ein gutes Fernglas zu ihrer Betrachtung genügt.

Ein heller, ellipsenförmiger Lichtfleck, den man vielleicht einmal am Westhorizont nach Sonnenuntergang sieht, ist das in unseren Breiten seltene Zodiakal- oder Tierkreislicht. Es lohnt sich, danach auszusuchen.

Am 1. März ist Vollmond, am 8. März Letztes Viertel, am 15. März Neumond, am 23. März Erster Viertel und am 31. März wieder Vollmond.

„Das Hühnerkistel, sagt er?“ fuhr die Kolbedin auf, „das ist eine Hühnersteige und kein Hühnerkistel! Die steht gut, wo sie steht!“

„Geh, Nanni“, begütigte der Alte sein angetrautes Weib, „sei halt gescheit! Ich kann doch meine Arbeit nicht im Finstern tun!“

Da wurde die Frau ganz aufgebracht.

„Und meine Hühner? Was ist's denn mit denen? Sollen die vielleicht ihre Eier im Finstern legen? Da steht die Steige und da bleibt sie!“

Der alte Schreiner war ein kluger Mann. Er tat auch jetzt das einzig Richtige. Er sagte seinem Fuhrmann, er möge den Schlitten umkehren, trug die Werkzeugkisten ins Freie und fuhr mit seinen paar Sachen wieder heim, woher er gekommen war.

„Da bin ich der Herr“, meinte er ohne Jörn, „und nicht die Hühner!“ Er hat auch keine Pflege mehr gebraucht. Ein paar Jahre danach ist er an einem Sommerabend in der Erntezeit, während er einen neuen Handgriff in eine alte Senfenwarbe stemmte, umgefallen und eine Stunde danach tot.

Aus Stadt und Land

Lätare

Ich bin das Brot des Lebens.
Joh. 6, 48.

Die Brotfrage beherrscht heute das menschliche Leben in der ganzen Welt. Immer dringender wird die Frage: „Woher nehmen wir Brot für uns und unsere Kinder?“ Die Sorge um das zeitliche Auskommen ist so groß, daß alle anderen Fragen in den Hintergrund treten und für nebensächlich erscheinen. Überall in der ganzen Welt klokt die Brotfrage die Menschen mit großen Augen gleich einem Ungeheuer an, als wollte es uns verschlingen. Und in der Tat, die Zeiten sind sehr schlecht und werden von Jahr zu Jahr immer schlechter. Die Arbeitslosigkeit ist so groß und der Verdienst so gering, daß man es für ein Wunder betrachten muß, daß die Menschen überhaupt noch leben. Noch leben? Ach nein, die armen Menschen leben nicht mehr, sie existieren nur noch. Schreiber dieser Zeilen hatte die Gelegenheit, in die Lebensverhältnisse der armen Stadt- und Dorfbewohner hineinzublicken, und was er da gesehen hat, wie Menschen leben, spottet jeder Beschreiber; die Menschen befinden sich bereits am Rande der Verzweiflung. Wie mag es da erst in China und Rußland aussehen, wo die Hungersnot noch viel größer ist! Warum ich hier davon schreibe? Nun, erstens weil die Brotfrage ein zeitgemäßes Thema ist, zweitens weil sie auch mich persönlich angeht und drittens weil ich meine Mitmenschen und auch mich in ihrer und meiner Not gern trösten möchte, daß wir dennoch nicht verzagen. Wenn geteilte Freude doppelte Freude ist, so ist auch geteiltes Leid nur halbes Leid. Woher kommt es nur, daß die Brotfrage heute mehr denn je zuvor die Menschen beunruhigt und quält? Wir müssen, wenn wir diese Frage richtig beantworten wollen, derselben auf den Grund gehen und ihre Wurzel kennen lernen. Die Ursache der gegenwärtigen Brotnot ist die religiöse, sittliche, die geistliche Not, in die die Menschen der ganzen Welt infolge ihrer Gottlosigkeit und ihres selbstsüchtigen Lebens geraten sind. „Die Sünde ist der Leute Verderben“, sagt die Schrift, und sie behält immer recht und trifft den Nagel auf den Kopf. Daß die Sünde heute eine Großmacht ist, der die Menschen blindlings ergeben sind, werde ich wohl nicht erst hier zu beweisen brauchen, und sie allein ist die Ursache aller Not. Ja, aber woher nehmen wir Brot? Wie können wir wieder genesen von unserer Sündenkrankheit, Wie? „Ich bin das Brot des Lebens“, sagt Jesus, und wenn er es sagt, dann ist es auch so. Und es ist in keinem anderen Heil. Hat er es nicht während seiner Erdentage reichlich und handgreiflich bewiesen? Hat er nicht die 5000 in unserem heutigen Evangelium auf wunderbare Weise gespeist? Das ist doch ein Zeichen, daß er wohl imstande ist, die Menschheit zu ernähren. Aber „der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von einem jeglichen Wort, das durch den Mund Gottes geht“, sagt der Herr. Und das ist es gerade, das die Menschen nicht verstehen können, nicht verstehen wollen; sie sorgen nur für dieses Leben, das doch vergänglich ist. Der Mensch hat nicht nur einen Leib, der täglich nach Brot verlangt, sondern auch eine Seele, die nach dem Brot des Lebens hungert. Dieses ihr Brot ist Jesus und sein Wort. Wer von diesem Brot essen wird, der wird leben in Ewigkeit, d. h. wer Ihn, den Heiland, hat, der ist still und satt, auch dann, wenn der irdische Brotkorb hoch hängt, auch dann, wenn der Christ manchmal hungern muß. Aber vergessen wir nie, daß unsere Verlegenheiten Gottes Gelegenheiten sind, um uns von der Welt und Sünde näher an sein Herz zu ziehen. Durch die Brotfrage will er uns auf die Frage nach unserem Heil bringen, daß wir Christum erkennen und selig werden. Gott läßt zuweilen auch die Seinen sinken, aber nie versinken; er betrübt wohl und züchtigt uns, aber er richtet uns auch wieder auf und reißt uns nach bestandener Prüfung dar, was wir brauchen. Er, Jesus, ist somit unser Brot des Lebens. Darum sollen wir selbst dann, wenn wir nach seinem weisen Rat und Willen hungern sollen, nicht verzagen oder Kleinläubig werden, sondern glau-

bensvoll und freudig, wenn auch manchmal mit Kummertränen in den Augen, mit Aepfeln sprechen: „Dennoch bleibe ich stets an dir, denn du hältst mich bei meiner rechten Hand. Du leitest mich nach deinem Rat, und nimmst mich endlich mit Ehren an. Wenn ich nur dich habe, so frage ich nichts nach Himmel und nach Erde. Wenn mir gleich Leib und Seele verschmachten, so bist du doch, Gott, allezeit meines Herzens Trost und mein Teil.“ Wohl dem, der so im Glauben steht, dem Jesus das Brot des Lebens ist, von dem er täglich zehrt! Der wird gewiß nicht umkommen.

„Gib, daß wir leb'n nach deinem Wort
Und darauf fahren fort und fort
Von hinnen aus dem Jammertal
Zu dir in deinen Himmelsaal.“

G.

Deutsche Berichterstattungs- versammlung in Pabjanice

Am vergangenen Sonntag hielt Herr Senator U t t a in Pabjanice eine Berichterstattungsversammlung ab. Trotz des regnerischen Wetters war der Besuch recht zahlreich. Nach einer gründlichen Beleuchtung der wirtschaftlichen und politischen Lage in der Welt ging der Redner auf die Ursachen der wirtschaftlichen Notlage in Polen ein. Die Krisis hätte gewiß solche scharfen Formen nicht angenommen, wenn man in den Jahren der guten Konjunktur 1927—1929 gespart und bei den ersten Anzeichen der heranannahenden Krisis sofort Vorbeugungsmaßnahmen ergriffen hätte. Dies ist bisher nicht geschehen. Die Ausgaben des Staates und die damit verbundenen Steuerlasten wurden den wirtschaftlichen Verhältnissen im Staate nicht angepaßt. Aus diesem Grunde konnte auch der Deutsch Klub in den früheren Jahren für das Budget nicht stimmen. Jetzt hat sich die Regierung endlich entschlossen, die Ausgaben des Staates bis zu den möglichen Grenzen einzuschränken. In der Hoffnung, daß auch auf kulturellem Gebiete eine Wendung zum Besseren eintreten wird, haben die deutschen Senatoren in diesem Jahr für das Budget gestimmt.

Weiter erläuterte der Redner das neue Selbstverwaltungsgezet und empfahl den Deutschen in Pabjanice, jetzt schon ein Wahlkomitee zu gründen und die Stadtratwahlen rechtzeitig vorzubereiten.

Nach einer kurzen Aussprache wurde ein Wahlkomitee gegründet. Ferner haben sich über 30 neue Mitglieder in die Ortsgruppe des Deutschen Volksverbandes eintragen lassen.

Treibt Familienforschung!

Die natürliche Grundlage eines jeden Volkes ist die Familie. Deshalb hat jeder Deutsche die Aufgabe, als Träger der Erbmasse der vergangenen Geschlechter, diese Erbmasse so weit wie möglich zu erforschen. Die Vergangenheit tut sich dabei vor ihm auf und er wird erfahren, daß die Ahnen in ihm lebendig werden, ihn erfreuen und segnen. Und wenn das Forschungsinteresse erst recht geweckt ist, kommt niemand mehr los. Jeder Familienforscher hat das an sich selbst erlebt, wenn er die staubigen Folianten eines Archives oder einer Pfarrei stundenlang durchblätterte, um eine kurze Notiz über seine Ahnen zu finden. Es kommen sicher Zeiten, wo die Arbeit aus verschiedenen Gründen liegen bleibt, aber vergessen wird sie niemals und in jeder Feierstunde wird sie wieder hervorgeholt und fortgesetzt. Ein schöner Genuß ist es, wenn man dann in der Ferienzeit die Heimat der Vorfäter besucht — alles kommt einem so bekannt vor — die metaphysische Urgewalt des Wissens um unsere Väter kommt einem da so recht zum Bewußtsein — nirgends das Gefühl der Fremde. Als hätte man das alles schon einmal gesehen und miterlebt. Aber die jetzigen Menschen kennen und lieben die Vergangenheit nicht; sie kennen sie nicht, auf der sie doch stehen, an die sie sich halten müssen mit jeder Faser. Sie kennen kaum Großvater und Großmutter. Diese Tatsache ist recht beschämend; das sollte anders werden, alle sollten versuchen, Familienforschung zu treiben und wenigstens ihre Ahnenreihe aufzuzeichnen.

Allerdings ist guter Wille zu ernster Arbeit notwendig.

Kreistagung der Feuerwehren

In Lodz fand eine Kreistagung der Feuerwehren statt, und zwar unter Vorsitz des Kreisstarosten Matowski. Nach dem Bericht über die bisherige Tätigkeit, der erstattet worden war, wurden Neuwahlen vorgenommen. In die Verwaltung gingen ein Kreisstarost Matowski, Ing. Wrede, Berent, Brzezinski und Wiczorek.

Eine Woche Osterferien

Wie unser Warschauer Korrespondent im Kultusministerium erfahren hat, werden die Osterferien in den Schulen eine Woche dauern, und zwar vom 28. März bis zum 3. April.

Wie wird das Wetter im März?

Noch einmal Schnee vorausgesagt.

Vorausagen der Meteorologen zufolge wird sich das Wetter in diesem Monat wie folgt gestalten: in der Zeit vom 1. bis zum 7. März veränderlich, vom 7. März an starker Temperatursturz. In der Zeit vom 11. bis 20. März anfänglich heiter, trüb gemischte Niederschläge, schwächer werdende Nachfröste, tagsüber fortschreitende Erwärmung. Gegen den 25. März neuerliche Abkühlung, größere Niederschläge, hier und da Schnee.

Die Jagd-Schonzeiten im Jahre 1934

Der Lodzer Wojewode hat durch eine Verordnung die Schonzeiten für das Jahr 1934 festgesetzt. Danach dürfen folgende Tiere nicht gejagt werden: Elchböcke das ganze Jahr hindurch, Hirschböcke, Damhirsche, Damböcke, Rehböcke vom 1. Januar bis 15. September, und vom 1. November bis 31. Dezember, Riden vom 1. Januar bis 15. März und vom 1. November bis 31. Dezember, Hirsche, Damhirsche vom 1. Januar bis 31. Dezember, Wildschweine vom 1. März bis 30. April, Wildtauben vom 16. Februar bis 30. November, Waldmarder vom 1. März bis 30. November, graue Hasen vom 15. Januar bis 20. Oktober, Schneehasen vom 15. Februar bis 31. Oktober, Luchse vom 15. Januar bis 15. März und vom 15. Mai bis 31. Dezember, Oktober und vom 1. bis 31. Dezember, Eichhörner vom 1. März bis 30. November, Birkhühner vom 1. Juni bis 15. August, Birkhühner vom 1. Januar bis 15. August und vom 15. September bis 31. Dezember, Auerhühner vom 1. Januar bis 15. März und vom 15. Mai bis 31. Dezember, Haselhühner, Schneehühner vom 1. Februar bis 15. August, Fasanenhühner das ganze Jahr hindurch, Fasanenhühner vom 1. Februar bis 31. Oktober, Rehhühner vom 1. Januar bis 31. August und vom 1. bis 31. Dezember, Wachteln von der Ankunft bis zum 31. August, Wildentrieh vom 1. Juni bis 15. Juli, Wildenten und andere Wasser- und Sumpfvögel vom 1. März bis 15. Juli, Wildtauben, Drosseln, Krammetsvögel, Misteldrosseln vom 1. Februar bis 15. August, Wildschwäne und Wildgänse vom 15. Mai bis 31. Juli, Truthühner vom 1. Januar bis 15. Oktober, Truthühner vom 15. Mai bis 15. Oktober.

Ziehung der Dollarprämienanleihe

Bei der gestrigen Ziehung der Dollarprämienanleihe wurden nachstehende Gewinne gezogen (ohne Gewähr):

40 000 Dollar auf Nr. 206 138.
8000 Dollar auf Nr. 1 006 068.
Je 3000 Dollar auf die Nr. Nr.: 376499, 583004, 1498847.
Je 1000 Dollar auf die Nr. Nr.: 200099, 453366, 563369, 1404669, 1428582.
Je 500 Dollar: 7118, 291602, 434092, 442092, 454777, 545479, 974163, 1016013, 1112688, 1114183.
Je 100 Dollar: 5118, 49458, 52212, 60197, 64185, 87120, 119114, 148803, 175573, 212906, 219950, 234232, 238078, 248521, 164311, 264662, 273906, 284616, 311940, 327691, 368731, 393020, 415689, 420272, 422337, 476912, 483912, 516335, 533063, 583219, 583516, 588637, 594179, 654089, 664220, 693216, 714770, 730940, 745599, 749398, 782236, 790281, 801381, 809459, 812696, 822555, 865457, 865690, 926341, 949590, 958329, 967284, 967919, 1010280,

1054707, 1062063, 1063384, 1094499, 1101571, 1112820, 1116406, 1125646, 1138893, 1154193, 1157786, 1175242, 1208392, 1224536, 1225217, 1248212, 1276790, 1280122, 1285080, 1301168, 1309878, 1371748, 1394784, 1407084, 1438061, 1485694.

3 787 250 Bloth für die Gewerbslosen im März

Unter der Leitung des Vizeministers für öffentliche Fürsorge fand eine Versammlung der Hauptverwaltung des Arbeitslosenfonds statt. Das Budget des Arbeitslosenfonds soll nach einem Vorschlag der Budgetkommission die Summe von 3 787 250 Zł. für Arbeitslosenunterstützungen enthalten, mit der Voraussetzung, daß die Zahl der zur Unterstützung berechtigten Arbeitslosen im Monat März ungefähr 75 000 Personen betragen sollte. Demgegenüber steht der Kostenvoranschlag ein Einkommen von 2 550 000 Zł. vor.

Wegen „Volk-Heil“ überfallen und geschlagen

Ein unerhörter Vorfall, bei dem der polnische Zollbeamte Mikolaj Kuzo aus Krassow eine äußerst traurige Rolle spielte, ereignete sich, der Kattow. Jtg.“ zufolge, auf dem Birkentaler Bahnhof. Dort warteten die Volksgenossen Prokta und Urbanczyk auf den Zug. Zu ihnen gesellte sich Volksgenosse Josef Gonsiorczyk, gab beiden die Hand und begrüßte sie mit „Volk-Heil“. In demselben Augenblick war Kuzo vorübergegangen. Als er den Gruß „Volk-Heil“ hörte, drehte er sich um und mit den Worten „Was, Volk-Heil? Do Faterlandu, wy Pierony“, schlug er Gonsiorczyk mit der Faust ins Gesicht, so daß diesem die Lippe aufplatzte. Die beiden Kameraden von G. nahmen eine schützens Haltung ein, doch fuhr in diesem Augenblick der Zug ein, in den sich der Beamte flüchtete.

Deutscher Nachmittag

Schützen mit Gewehren vor dem Versammlungstokal.

Zu einem überwältigenden Beweis deutschen Bekenntnis auf dem Lande wurde der „Deutsche Nachmittag“ in Gardawitz in Oberschlesien, zu dem am letzten Sonntag der Deutsche Volksbund aufgerufen hatte. Wie groß die Zugkraft dieser Veranstaltung war, geht schon daraus hervor, schreibt die „Kattow. Jtg.“, daß nicht nur deutsche Menschen ihr gefolgt waren, sondern daß

sogar die Strzelcy- und Aufständischenverbände der Umgegend mit geschultertem Gewehr in einer Anzahl von etwa 200 Mann erschienen

waren und es sich nicht nehmen ließen, die Veranstaltung durch ein paar Lieder und Sprechstücke (von draußen) zu verschönern, die alle mehr oder weniger in dem Refrain endeten: „Precz z Germanami“. Das Lied von der Beständigkeit Deutschland-Polen hatten sie leider vergessen. Schon gegen 12 Uhr mittags zogen sich die Strzelcyverbände der Umgegend in Gardawitz zusammen und positionierten sich vor dem Pawelczykischen Saale in Reih und Glied.

Die Polizei hatte mit einem starken Aufgebot im Stahlhelm vor dem Lokal Aufstellung genommen und auch während der Veranstaltung für Schutz gesorgt.

Wendzin, die Stadt der Bettler

Da in Wendzin jetzt auch das Bon-System eingeführt wird, um den Zustrom auswärtiger Bettler abzumännern, wurden die ortsansässigen Bettler registriert. Obgleich die Listen noch nicht fertig sind, haben sich bereits 500 Bettler eintragen lassen. Es handelt sich um Arme, die ortsansässig sind. Jetzt durchstreifen noch viele Bettler aus den Orten der Umgegend die Stadt.

Polnische Polarexpedition

Im Sommer soll eine polnische Polarexpedition von Spitzbergen aus geologische und meteorologische Forschungen in der Polarregion vornehmen. Unter den Teilnehmern der Expedition wird sich ein Mitglied der letzten polnischen Expedition auf der Bäreninsel befinden. Auch ein Filmoperateur wird der Expedition angehören.

Polens

Evangelisten und Kirchengesetz

Dieser Tage fand eine Zusammenkunft der Evangelisten statt, in der fünf wichtige Fragen besprochen wurden: 1. das neue Kirchengesetz, 2. die nächste Evangelisten-Landeskonferenz, 3. die Innere Mission unserer Kirche, 4. Jugendarbeit und 5. die Notwendigkeit von festgesetzten Brüdertagungen. Anwesend waren: Herr Missionar Schendel und die Herren Evangelisten E. Jahn-Grabieniec, Jugendbund-Reiseleiter J. Weis-Stawiszyn und Evangelist H. Jabs-Dzorkow. Was das neue Kirchengesetz anbetrifft, ist dasselbe so gestaltet, daß die Tätigkeit der Laienprediger keinerlei Stützpunkte hat, weil diese mit keiner Silbe erwähnt wird. Infolgedessen wird an Herrn Pastor Kersten-Stawiszyn die Bitte gerichtet, einen Paragraphen zum neuen Kirchengesetz zu beantragen, in dem die Arbeit der Laienprediger Anerkennung erfährt. Dieser Paragraph soll von allen Evangelisten unterzeichnet und dem Konsistorium oder der Kommission zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Mit Freuden wurde zur Kenntnis genommen, daß Herr Pastor Kersten eine Evangelistenkonferenz nach Stawiszyn einzuberufen gedenkt, da eine solche seit dem Jahre 1930 nicht mehr stattgefunden hat. Ueber die Punkte 3 bis 5 konnten keine bestimmten Beschlüsse gefaßt werden, da gerade diese Angelegenheiten teils in das Bereich des „Aussschusses für Innere Mission der ev.-luth. Kirche Polens“ und des „Jugend-Landesverbandes“ gehören.

Aus Kirche und Welt

Der Präses des Konsistoriums der polnischen evangelischen reformierten Kirche in Warschau, Professor Henryk Sachs, ist gestorben.

In Warschau ist ein junger japanischer Student der Medizin Christ geworden; er hat sich merkwürdigerweise nach ukrainischem Ritus taufen lassen.

In Wilna ist mit Unterstützung des Vatikans die erste Uebersetzung des Matthäus-Evangeliums in weißrussischer Sprache erschienen. Es soll das ganze Neue Testament in dieser Sprache übersezt werden.

Ebenfalls mit katholischer Genehmigung ist in Lemberg eine Bibelübersetzung im modernen Ukrainisch erschienen. Ukrainische Bibelübersetzungen der Britischen Bibelgesellschaft gibt es seit langem.

Die reformierte Generalsynode in Ungarn hat beschlossen, daß fremde Staatsbürger als Pfarrer nur dann gewählt werden können, wenn sie das ungarische Staatsbürgerrecht erwerben.

Im Alter von 95 Jahren ist Lord Halifax gestorben, der durch seine langjährigen Bemühungen um die Wiedervereinigung der englischen Staatskirche mit der römisch-katholischen Kirche bekannt geworden ist.

Getreidebörsen

	6. III. Lodz	6. III. Posen
Roggen	13,75-14,00	14,00-14,75
Weizen	20,00-20,50	17,50-18,00
Mahlsperle	13,50-14,00	13,50-13,75
Frangerste	15,00-15,50	15,75-16,50
Gesammelter Hafer	12,00-12,50	—
Einheitshafer	12,50-13,00	12,50-12,75
Roggenmehl, 65%	21,25-22,25	20,75-21,00
Roggenmehl, 60%	22,25-23,25	—
Weizenmehl	31,00-33,00	26,50-27,00
Roggenkleie	8,50-8,75	10,00-11,75
Weizenkleie	9,25-9,75	10,50-11,25
Weizenkleie, grob	9,75-10,25	11,25-11,75
Raps	49,00-51,00	41,00-42,00
Speisefartoffeln	—	—
Wiktoriaerbsen	26,00-31,00	22,00-26,00
Felderbsen	18,50-19,50	—
Weiße Lupine	7,00-8,00	—
Blaue Lupine	9,00-10,00	—
Krauer Mohu	—	—
Roter Klee	17,00-20,00	13,00-21,00
Weißer Klee	7,00-10,00	7,00-10,00
Wilde	13,50-14,00	14,00-15,00
Veischnen	14,50-15,00	14,00-15,00

**Berühmter Geber
wird
Sie gratis beraten**

Möchten Sie gerne, ohne dafür bezahlen zu müssen, in Erfahrung bringen, was die Sterne über Ihre zukünftige Laufbahn zeigen können; ob Sie erfolgreich, wohlhabend und glücklich sein werden; über Geschäfte; Liebe; eheliche Verbindung; Freundschaften, Feindschaften; Reisen; Krankheit; glückliche und unglückliche Zeitabschnitte; was Sie vermeiden müssen; welche Gelegenheiten Sie ergreifen sollten und andere Informationen von unschätzbarem Werte für Sie? Hier bietet sich Ihnen Gelegenheit, ein Lebenshoroskop nach den Gestirnen zu erhalten, und zwar absolut frei.



Professor ROXROY
der berühmte Astrologe

Kostenfrei roskap von den Gestirnen von diesem großen Astrologen sofort zugestellt werden, dessen Voraussetzungen die angesehensten Leute der beiden Erdteile in das größte Erstaunen versetzt haben. Sie brauchen nur Ihren Namen und Ihre Adresse deutlich geschrieben einzulassen und gleichzeitig anzugeben, ob Herr, Frau oder Fräulein, oder Ihren Titel, nebst dem richtigen Tag Ihrer Geburt. Sie brauchen kein Geld einzulassen, aber wenn Sie wünschen, können Sie 1.— Zl. in Briefmarken zur Deckung des Briefportos und der unerlässlichen Kontorarbeit beilegen. Sie werden über die außerordentliche Genauigkeit seiner Voraussagen Ihres Lebenslaufes sehr erstaunt sein. Hören Sie nicht, schreiben Sie sofort und adressieren Sie Ihren Brief an ROXROY STUDIOS, Dept. 8486 E, Emmastraat 42, Den Haag, Holland. Das Briefporto nach Holland beträgt 60 Groschen.

N. B. Prof. Roxroy erfreut sich höchsten Ansehens bei seinen vielen Kunden. Er ist der älteste und bestbekannteste Astrologe des Kontinents und übt seine Praxis seit über 20 Jahren an der gleichen Adresse aus. Für seine Zuverlässigkeit spricht die Tatsache, daß er alle seine Arbeiten, für die er Kosten berechnet, auf der Grundlage „Aufriedenheit garantiert — sonst Geld zurück“ liefert.

Lodzger Marktbericht

Lodz, den 7. März 1934.

Gestern wurden auf den Lodzger Märkten die folgenden Preise gezahlt: Butter 3,20-3,50 Zl., Herzfäse 70 bis 80 Gr., Quarkfäse 50-60 Gr., Sahne 1,00-1,20 Zl., eine Mandel Eier 0,90-1,00 Zl., süße Milch 20 Gr., saure und Buttermilch 15 Gr., Salat 50 Gr., Spinat 0,50-1,00 Zl., Blumenkohl 40-60 Gr., Sellerie 5-10 Gr., Zwiebeln 10 bis 15 Gr., rote Rüben 8-10 Gr., Peterfille 15-20 Gr., Rosenkohl 60 Gr., Wirsing 5-15 Gr., roter Kohl 10-20 Gr., weißer Kohl 5-15 Gr., Grünkohl 5-10 Gr., Mohrrüben 5 Gr., Rhabarber 0,70-1,20 Zl., ein Bündchen Schnittlauch 5 Gr., Meerrettich 1,00-1,20 Zl., Kartoffeln 6-7 Gr., Zitronen 8-10 Gr., Äpfel 0,50-1,20 Zl. Geflügel: eine Ente 3,00-3,50 Zl., ein Huhn 2-3 Zl., ein Hühnchen 1,00-1,50 Zl., eine Pute 5-8 Flotr.

Warschauer Börse

Amerik. Dollar	5,31
1 Pfund Sterling	26,93
100 Schweizer Franken	171,45
100 franz. Franken	34,94
100 deutsche Reichsmark	210,40

Briefkasten

Herrn E. S.-Zgorze. Die Angelegenheit der Kriegsschäden ist leider immer noch nicht erledigt.

Herrn S. L.-Leg-Diel. Sie können nur dann nach Deutschland reisen, wenn Sie deutscher Reichsangehöriger sind.

Herrn D. B. in Gotzawa. Ein solches Gesetz, wie Sie es wünschen, besteht wir leider nicht. Es ist aber unlängst erschienen und am „Dzennik Ukar“ veröffentlicht. Lassen Sie es sich von Gemeindefreier vorlesen.

Herrn W. A.-Kulczyn. Ein Auslandspaß kostet 400 Zl. Da es in Deutschland viele Arbeitslose gibt, so werden Ausländer, die Arbeit suchen, überhaupt nicht hineingelassen.

Polen mit Hürden

„Polen“. Legende und Wirklichkeit. Von Friedrich Sieburg. 64 Seiten, fest brochiert, RM 1.—, Societäts-Verlag Frankfurt a. M. 1934.

Friedrich Sieburg gelangt es im Rahmen einer kleinen Broschüre, die entscheidenden Fragen, die zu einem tieferen Verständnis des heutigen polnischen Staates, seiner Regierungsmethoden und seiner politischen Absichten unumgänglich sind, mit erstaunlicher Sicherheit und Leichtigkeit zu klären. Er macht für das heutige Deutschland die Dringlichkeit dieser Klärung erst in vollem Umfang deutlich. Er versteht vor allem, uns die Atmosphäre des modernen polnischen Lebens, die in seiner romantischen politischen Vergangenheit stärker, als man gewöhnlich annimmt, verwurzelt ist, nahezubringen und auf den eigentlichen politischen Charakter dieser Nation ein helles Licht zu werfen. Die Maßstäbe, an denen die polnische Bemühung um einen ihm adäquaten Staat gemessen werden, erwachsen aus den deutschen Erfahrungen der letzten Monate. Wir begreifen, daß die bisherige Entwicklung noch weitgehend einen volkspädagogischen Charakter besitzt, daß die Masse der Bauern noch kaum von dem starken staatlichen Willen Pilsudskis erfaßt und das Bürgerium erst in der Bildung begriffen ist. Die ausgeprägte nationale Legende verbirgt noch oft die politische Wirklichkeit. Die Legalisierung der jehigen Herrschaft durch eine Volksbewegung ist noch lange nicht vollendet. Die geheimnisvolle Wirkung Pilsudskis und die undurchsichtbare Regierungsweise der Militärs ist nur von daher zu verstehen, Sieburg schildert, auf welchen Wegen Polen seine politische Form sucht und mit welchen Kräften und Methoden es sich im Sattel hält. Durch den interessanten Charakter von Oberst Bed scheint sich eine neue Orientierung, die auch für Deutschland von vitaler Bedeutung sein kann, anzubahnen. Das Buch vermittelt viele wenig beachtete Details und ordnet sie in den großen Zusammenhang der europäischen Entwicklung ein.

Druck und Verlag:

„Libertas“, Verlagsz. m. b. H., Lodz, Vetrifover 86

Wo kauft der Landwirt

landwirtschaftliche Maschinen
Geräte und Ersatzteile
künstliche Düngemittel
Saatgetreide — Sämereien
Bunkertank — Düngekalk
Zement — Kohle
waggonweise oder in kleineren Mengen?

Am günstigsten bei der

Warenzentrale der Deutschen Genossenschaften

Spódz. z odp. ndz.

Lódz, Aleje Kościuszki Nr. 47

Telefon Nr. 197-24

Dachpappenfabrik

„GOSPODARZ“

Alt.-Gej. in Sieradz

Fabriklager: Lodz, Nowo-Poludniowa 5
Cke Jagajnikowa. Telefon 184-19.

empfehlen ihre garantierte und ihrer Güte wegen bekannte: Asphalt-Dachpappe, Pappe für Fundamente, teerfreie Bitumenpappe, Klebmasse zum Unterkleben der Bindungen, präparierten Latex, Pech in Blöcken, Karbolitum, schnelltrodnenden Eijenlack. — Konkurrenzpreise.

Auf einer Reihe landwirtschaftlicher und Industrie-Ausstellungen wurden wir für unsere guten Erzeugnisse mit Diplomen ausgezeichnet.

Pappe der Marke „Gospodarz“ ist widerstandsfähig gegen Sturm und Hagel.

Eisengiesserei

„FERRUM“

Lodz, Kilińskiego 121

Telefon 218-20

Liefert

in kürzesten Terminen und zu bedeutend ermäßigten Preisen jeglichen Prima-Grauguss nach eigenen oder zugesandten Modellen und Zeichnungen.

Sandstrahl-Gebläse. — Mechanische Werkstatt.

Täglich Abguss.

BRÜCHE



Rückgratverkrümmungen (Buckel), krumme Beine und Knie, Knochentuberkulose, Plattfüsse und andere Verkrüppelungen!!

Spezielle orthopädische Gummieisilbandagen meiner Methode lokalisieren unter Garantie radikal sogar veraltete und gefährlichste Brüche jeglicher Art bei Männern, Frauen und Kindern.

Magen- und Darmsenkungen beseitige ich durch Anlegung spezieller individ. zugespasster Bauchbandagen.

Für Rückgratverkrümmungen (Buckel) orthopädische Heil-Korsetts, bei Knochentuberkulose orthopädische Heil-Apparate. Gegen schmerzende Plattfüsse spezielle orthopädische Einlagen laut Gipsmodellen. Künstliche Hände und Füsse.

Spezial-Anstalt für Heil-Orthopädie

Spez. Orthopäde

O. PETRYKIEWICZ

aus Lemberg

Lódz, Piramowicza Nr. 9 (Front, Parterre)

Telefon 177-09.

Anmerkung: Persönliches Erscheinen der Kranken unbedingt erforderlich. — (In Zgierz in der Slowackego Nr. 2 und 4, eigene Häuser).

Asthma

(veraltetes Leiden), verschiedene Husten sind heilbar durch Heilkräutermus. Seit 1902 3000 Dankschreiben. Auf Verlangen Beschreibung der Heilmethode.

S. SLIWANSKI, Lódz, Brzezińska 33.